Kein Geschäft mit der Krise – Haushalte und Verbraucher entlasten

Drucksache **8/3132** · eingebracht 2026-03-18 — Antragsteller: **LINKE**

Energie | Soziales | Verbraucherschutz | Klimaschutz

ZUSAMMENFASSUNG

Die LINKE fordert umfassende Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten und Verbraucher:innen vor krisenbedingten Preissprüngen – darunter Preisdeckel, Übergewinnsteuer, MwSt.-Senkung, Nahverkehrsförderung, Preisbeobachtungsstelle und Vergesellschaftung von Energiekonzernen.

KERNFORDERUNGEN

- Preisdeckel für Kraft-, Heiz- und Brennstoffe
- Übergewinnsteuer für Energie- und Rüstungskonzerne
- Dezentraler Ausbau erneuerbarer Energien ohne Verbraucherbelastung
- MwSt.-Senkung auf Grundnahrungsmittel und Hygieneprodukte
- Vergünstigung des Deutschlandtickets und Nahverkehrszuschüsse

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert zentrale GWÖ-Werte: Soziale Gerechtigkeit durch gezielte Entlastung benachteiligter Haushalte (D4), Solidarität durch Übergewinnsteuer und Preisregulierung zugunsten des Gemeinwohls (D2), Ökologische Nachhaltigkeit durch konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und Dezentralisierung (D3/E3), sowie Transparenz & Mitbestimmung durch staatliche Preisbeobachtungsstelle und Kartellrechtsverschärfung (D5). Einzig die Vergesellschaftung nach Art. 14 GG bleibt abstrakt formuliert und birgt Risiken für Rechtsstaatsprinzip (A1) bei unklarer Ausgestaltung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konsequente Verknüpfung von Krisenbewältigung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Transformation
- Starke Betonung von Transparenz und staatlicher Regulierung gegen Marktmacht
- Klare Zielgruppenorientierung auf einkommensschwache Haushalte und Ostdeutschland

Schwächen

- Unklare Rechtsgrundlage und Ausgestaltung der Vergesellschaftung nach Art. 14 GG
- Fehlende konkrete Umsetzungshorizonte für Preisdeckel und Kartellreform
- Keine Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten Thüringens (z.B. ländliche Mobilität)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	-	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	++	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	++	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 **Solidarische Preisgestaltung** `Bewertung: +5`

Übergewinnsteuer, Preisdeckel, Klimageld-Vermeidung

D3 **Ökologische Grundversorgung** `Bewertung: +5`

Dezentrale Erneuerbare, Unabhängigkeit von fossilen Importen

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Entlastung durch MwSt.-Senkung, Deutschlandticket-Vergünstigung, Nahverkehrszuschüsse

D1 **Menschenwürde im Alltag** `Bewertung: +4`

Schutz vor existenzbedrohender Preisteuerung

A1 **Menschenwürde in Lieferketten** `Bewertung: -2`

Vergesellschaftung nach Art. 14 GG ohne klare Rechtsgrundlage oder Beteiligungsmodell

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag spiegelt Kernforderungen des Wahlprogramms 2024 wider: soziale Entlastung, Konzernregulierung, Übergewinnsteuer, dezentrale Erneuerbare und Demokratisierung der Daseinsvorsorge.

> „20 Thüringer Sozialstaatsversprechen: Alles, was jede:r braucht, muss in öffentliche Hand. 3. Bezahlbar und ökologisch Ein Ende der fossilen Energienutzung ist nötig, wenn wir unsere Gärten und den Wald vor unserer Haustür als Erholungsort und Klimaretter erhalten und uns vor Hitze und Wetterextremen schützen wollen."
> DIE LINKE Thüringen Wahlprogramm 2024, S. 20

PARTEIPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht dem Erfurter Programm 2011 in seiner Kritik am Profitkalkül, Forderung nach Energiegerechtigkeit, staatlicher Regulierung und sozial-ökologischem Umbau.

> „Stattdessen muss Energie für industrielle Großverbraucher teuer sein, um den Einsatz energiesparender Technologien zu begünstigen. Vor allem ärmere Haushalte müssen dagegen von hohen Energiekosten entlastet und bei der Energieeinsparung unterstützt werden."
> DIE LINKE Erfurter Programm 2011, S. 23

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: 8. gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes wirksame Wege gefunden werden, um Konzerne, die krisenbedingte Profitmaximierung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge betreiben, zeitlich befristet oder dauerhaft vergesellschaften zu können.

> 8. gemäß Artikel 14 Abs. 3 des Grundgesetzes sowie unter Einbindung von Bürger:innenräten und kommunalen Energiegenossenschaften wirksame Wege gefunden werden, um Konzerne, die krisenbedingte Profitmaximierung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge betreiben, unter strikter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und mit transparentem Entschädigungsverfahren zeitlich befristet oder dauerhaft vergesellschaften zu können.

Begründung: Stärkt Menschenwürde (A1) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Rechtsstaatsbindung und partizipative Legitimation.

Vorschlag 2 von 3

Original: 7. die Einrichtung einer staatlichen Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel und Energie auf den Weg gebracht wird, um die Preisentwicklungen transparent zu machen sowie Abzocke aufzudecken und Strafen verhängen zu können; um staatliche Überprüfungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu verbessern, ist zudem das Kartellrecht zu verschärfen, um für Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirksam dämpfende, funktions- und handlungsfähige staatliche Preisaufsicht und Preiskontrolle zu ermöglichen;

> 7. die Einrichtung einer unabhängigen, mit Sanktionsbefugnis ausgestatteten staatlichen Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel und Energie auf den Weg gebracht wird, um die Preisentwicklungen transparent zu machen sowie Abzocke aufzudecken und automatisierte Sanktionen bis hin zur Preisrücknahme verhängen zu können; um staatliche Überprüfungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu verbessern, ist zudem das Kartellrecht zu verschärfen, um für Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirksam dämpfende, funktions- und handlungsfähige staatliche Preisaufsicht und Preiskontrolle zu ermöglichen;

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Soziale Gerechtigkeit (D4) durch klare Durchsetzbarkeit und Rechtssicherheit.

Vorschlag 3 von 3

Original: 3. zukünftig eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung aufgebaut werden kann, die das Prinzip einer dezentralen und nachhaltigen Grundversorgung in den Vordergrund rückt und stärker als bisher in erneuerbare Energien wie beispielsweise Solar- sowie Windenergie investiert wird; dabei ist dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer zusätzlichen Belastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern kommt, beispielsweise durch die Einführung eines bundesweiten Klimagelds;

> 3. zukünftig eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung aufgebaut werden kann, die das Prinzip einer dezentralen und nachhaltigen Grundversorgung in den Vordergrund rückt und stärker als bisher in erneuerbare Energien wie beispielsweise Solar- sowie Windenergie investiert wird; dabei ist sicherzustellen, dass die Kosten der Transformation über eine gerechte Lastenverteilung zwischen Industrie, Vermögen und Einkommen getragen werden – insbesondere durch eine wirksame Übergewinnsteuer und eine Reform der Energiesteuer zugunsten einkommensschwacher Haushalte;

Begründung: Stärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (D2) durch explizite Finanzierungslogik statt bloßer Vermeidung von Belastung.

Original-Antrag

Drucksache 8/3132

Kein Geschäft mit der Krise · Haushalte und Verbraucher entlasten

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3132
18.03.2026

A n t r a g

der Fraktion Die Linke

Kein Geschäft mit der Krise – Haushalte und Verbraucher entlasten

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der völkerrechtswidrige Angriff auf den Iran und die in der Folge zurzeit immer noch stattfindenden militärischen Kampfhandlungen führen weltweit zu erheblichen Verwerfungen. Zuallererst spüren die Menschen im Iran und der Region im Nahen Osten dies unmittelbar als Betroffene der kriegerischen Auseinandersetzung. Die Menschen im Iran und der ganzen Region leiden seit Jahrzehnten unter einem diktatorischen Regime und es bleibt zu hoffen, dass ein baldiges Ende des Kriegs mit einer Zukunft für einen demokratischen und freien Iran sowie einer friedvollen Zusammenarbeit der Länder in der Region verbunden werden kann.

2. Die Angriffe und darauffolgenden Reaktionen haben auch einen Einfluss auf die Produktion von Rohstoffen und weltweite Lieferketten. Große Energie- und Lebensmittelkonzerne nutzen internationale Krisen immer wieder als Vorwand, um Preise nach oben zu treiben und ihre Profite zu steigern. Während Millionen Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, nutzen Konzerne die Gelegenheit für zusätzliche Gewinne. Die Erfahrung aus vergangenen Krisen zeigt: Preissteigerungen werden schnell durchgesetzt, sinken aber nur selten wieder.

3. Steigende Energiepreise verschärfen zugleich die soziale Ungleichheit. Besonders in Ostdeutschland treffen hohe Energie- und Mobilitätskosten auf geringere Einkommen und eine vielfach schwächere wirtschaftliche Struktur. Für viele Haushalte bedeutet das eine unmittelbare Bedrohung ihrer sozialen Sicherheit. Das ist auch die Folge davon, dass in der Vergangenheit ein konsequentes Umsteuern bei der Energie- und Verkehrswende oder die Einführung einer wirksamen Übergewinnsteuer und eines Klimagelds verpasst wurden. Die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen spüren dann auch die Menschen in Thüringen im Geldbeutel.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Sicherstellung einer spürbaren finanziellen Abfederung der Preissteigerungen, denen Verbraucherinnen, Verbraucher und private Haushalte sich akut ausgesetzt sehen, gegenüber der Bundesregierung sowie im Bundesrat die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, damit

Druck: Thüringer Landtag, 20. März 2026

1. die Endverbraucherpreise der für Kraft-, Heiz- und Brennstoffe genutzten Gas- und Mineralölprodukte auf ein bundesweit festgelegtes, einheitliches Preisniveau, ausgehend von den Beschaffungskosten der Raffinerien, wirksam begrenzt werden (Kraft-, Heiz- und Brennstoff-Preisdeckel) und auch in der Europäischen Union auf die Einführung entsprechend gemeinsam abgestimmter Deckelungen von Preisen bei Grundnahrungsmitteln, Kinder-, Arznei- und Hygieneprodukten und anderen Lebensmitteln des täglichen Bedarfs zu drängen;
2. eine Übergewinnsteuer zur staatlichen Abschöpfung krisenbedingter Zusatzgewinne von Energie- und Mineralölunternehmen sowie von Rüstungsunternehmen, die nicht auf höhere Kosten, sondern auf die Ausnutzung der außergewöhnlichen Marktbedingungen durch diese Unternehmen zurückzuführen sind, schnellstmöglich erhoben und die in geeigneter Weise zur Entlastung der Endverbraucher und Privathaushalte genutzt werden wird;
3. zukünftig eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung aufgebaut werden kann, die das Prinzip einer dezentralen und nachhaltigen Grundversorgung in den Vordergrund rückt und stärker als bisher in erneuerbare Energien wie beispielsweise Solar- sowie Windenergie investiert wird; dabei ist dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer zusätzlichen Belastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern kommt, beispielsweise durch die Einführung eines bundesweiten Klimagelds;
4. schnellstmöglich der Teuerung durch eine Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel, Kinder-, Arznei- und Hygieneprodukte und andere Lebensmittel des täglichen Bedarfs auf null Prozent entgegengewirkt und eine schnelle und spürbare Entlastung erreicht werden kann;
5. das Deutschlandticket wieder deutlich vergünstigt wird, um mehr Menschen den Umstieg vom privaten Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen und so ebenso eine finanzielle Entlastung zu ermöglichen;
6. einer drohenden Verteuerung des öffentlichen Nahverkehrs begegnet wird und hierzu eine Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse an die Verkehrsunternehmen in Thüringen im öffentlichen Personennahverkehr vorzunehmen ist;
7. die Einrichtung einer staatlichen Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel und Energie auf den Weg gebracht wird, um die Preisentwicklungen transparent zu machen sowie Abzocke aufzudecken und Strafen verhängen zu können; um staatliche Überprüfungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu verbessern, ist zudem das Kartellrecht zu verschärfen, um für Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirksam dämpfende, funktions- und handlungsfähige staatliche Preisaufsicht und Preiskontrolle zu ermöglichen;
8. gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes wirksame Wege gefunden werden, um Konzerne, die krisenbedingte Profitmaximierung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge betreiben, zeitlich befristet oder dauerhaft vergesellschaften zu können.

Begründung:

Wie bei bereits vorangegangenen Krisen haben die Mineralöl- und Gaskonzerne direkt nach Beginn des Kriegs gegen den Iran die Preise erhöht. Die Folgen dieser ungerechtfertigten Verteuerung der Kraftstoffe an den Tankstellen, von Erdgas zur Wärme- und Energiegewinnung sowie von Öl zum Heizen treffen wiederholt zuallererst die Endverbraucherinnen und Endverbraucher sowie die Privathaushalte, inzwischen jedoch ebenso die von diesen Energieträgern abhängige Wirtschaft.

Die Fraktion Die Linke stellt fest: Es ist Abzocke, wenn Konzerne Krisen und Kriege ausnutzen, indem sie die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich höhere Preise für Güter zahlen lassen, die im Alltag vieler unverzichtbar sind. Gewinne, die auf diese ungerechtfertigte Weise erwirtschaftet werden, müssen im Idealfall verhindert, mindestens jedoch zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher später abgeschöpft werden.

Diese Abzocke ist das Geschäftsmodell der Konzerne, denn solche Teuerungen passieren selbst in Krisenzeiten nicht von selbst. Vielmehr nutzen die Konzerne in dieser wie in anderen Krisen ihre vorherrschende Marktmacht gezielt aus, um sich selbst auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern und ihre Profite zu maximieren.

Bundesregierung und Bundeskanzler Friedrich Merz schauen bislang zu, statt etwas dagegen zu unternehmen. Preiserhöhungen sind kein Naturgesetz und ihre Senkung erfordert auch nicht das Eintreten in einen heißen Krieg. Im Gegenteil: Das ständige Streben nach Profitmaximierung und der Konkurrenzkampf um knappe Ressourcen erhöhen das Risiko kriegerischer Konflikte.

Diese Situation trifft vor allem diejenigen, die wenig Geld haben. Wer beispielsweise eine lange Strecke zum schlecht oder mäßig bezahlten Job pendeln muss, kann das Auto nicht stehenlassen. Dasselbe gilt für Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende oder auch für Rentnerinnen und Rentner.

Daher fordert die Fraktion Die Linke wirkungsvolle und funktionierende Instrumente, die schnellstens und auch künftig verhindern, dass Verbraucherinnen und Verbraucher an der Tanksäule, im Supermarkt oder sogar in ihren vier Wänden überteuerte Preise zahlen müssen, weil die Konzerne noch mehr Gewinn für sich machen wollen. Die Konzerne setzen auf den langfristigen Gewöhnungseffekt und werden die Preise keineswegs so schnell und weit senken, wie es fallende Erdgas- und Ölpreise nach Beendigung des Konflikts erlauben.

Nach Auffassung der Fraktion Die Linke muss daher der große deutsche Mineralöl- und Gasmarkt umgehend stark reguliert werden, um damit die derzeitig vorherrschende Marktmacht der großen Konzerne zu brechen und deren Treiben künftig in Grenzen zu halten.

Das erfordert nicht nur wirksame Preisregulierungen, sondern auch die Erhebung einer Obergewinnsteuer, die Konzerne zur Kasse bittet.

Um sich zukünftig von einigen wenigen Erzeugerstaaten und möglichen kriegerischen Konflikten unabhängig zu machen, ist es ratsam, die Energieversorgung in gesamtgesellschaftliche Hände zu nehmen, sie zu demokratisieren und zu dezentralisieren. Darüber hinaus braucht es entschlossenes Handeln bei der Investition in und dem Ausbau von Maßnahmen und Energieträgern, die die Dekarbonisierung fördern.

Für die Fraktion:

Mitteldorf